

CH_VB 20012935 vom 29. November 1984

Bundesverwaltung, 1984-11-29, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20012935__td_

FR: CH_VB 20012935 du 29 novembre 1984

IT: CH_VB 20012935 del 29 novembre 1984

Erwägungen

E. 29

November 1984 N 1573 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1985 zuständigen Amtes hängige Beitragsgesuche von Kantonen für bereits gebaute Strassen, beispielsweise vom Kanton Basel-Land im Ausmass von 25 Millionen Franken, und dies berechtigte eben zu diesem Kredit. Es würde sogar eine Erhöhung vorgenommen gegenüber dem Legislaturfinanzplan aufgrund dieser Sachlage, aber auch aufgrund der zusätzlichen Treibstoffzollerträge. Die Finanzkommission hat sich zu diesen Anträgen nicht ausgesprochen. Sie hat aber den Finanzplan und das Budget in der vorliegenden Form genehmigt und empfiehlt Ihnen, den Antrag bezüglich der Hauptstrassen abzulehnen. Bei den Bahnhofparkanlagen haben wir nur einen Antrag von Herrn Herzog. Im Budget ist 1 Million vorgesehen. Er möchte diese Million streichen. Hier sei es gemäss erhaltener Auskunft ungewiss, ob Projekte in diesem Umfang verwirklicht würden. Es sollte aber die Möglichkeit dazu im Voranschlag geschaffen werden. Bei den allgemeinen Strassenbeiträgen und dem Finanzausgleich, ausserordentlicher Anteil, ist im Budget ein Betrag von 137,1 Millionen vorgesehen. Herr Herzog möchte diesen Betrag streichen, Herr Maeder ebenfalls. Hier müsse eben diese hohe Rückstellung abgebaut werden. Es seien allgemeine Beiträge, die nicht an bestimmte Projekte gebunden seien. Schliesslich noch die Anträge Herzog und Maeder bezüglich der Nationalstrassen: Im Budget sind 1,135 Milliarden vorgeschlagen. Herr Herzog möchte auf 1,118 Milliarden die Begründung haben Sie gehört - und Herr Maeder auf 1,078 Milliarden reduzieren. Aufgrund des kurzfristig - wie bereits erwähnt - kaum beeinflussbaren Bauprogramms seien eben diese Kredite erforderlich. Wenn man sie streichen würde, so würde das einfach eine Erhöhung des Zahlungslückens zur Folge haben. Die Finanzkommission beantragt Ihnen, die Vorschläge abzulehnen. M. Bonnard, rapporteur: Je me bornerai à répondre à M. Herzog qui nous rappelle le cas de l'ONU, où nous avons biffé le crédit étant donné que la votation n'avait pas eu lieu. Il en déduit que nous devrions procéder de la même manière en ce qui concerne les routes nationales puisque nous n'avons pas encore voté l'arrêté sur la répartition des droits de douane sur les carburants. Or, je tiens à faire remarquer à M. Herzog que deux différences existent entre ces deux objets. En ce qui concerne les droits sur les carburants, nous avons voté l'article constitutionnel et sommes donc obligés de délibérer sur le projet de loi. Quant à l'ONU, des motifs de prudence, que vous admettez sans doute, sont à l'origine de notre décision. Bundesrat Stich: Auch ich muss Ihnen beantragen, diese Anträge abzulehnen. Es wäre ein grosser Irrtum anzunehmen, mit diesen Krediten würden Sie zusätzlichen Strassenbau auslösen. Hier handelt es sich schlicht und einfach um Zahlungen für Bauten, die längstens in Angriff genommen worden sind. Bei den Nationalstrassen wie bei den Hauptstrassen gibt es längerfristige Programme, und die kann man nicht kurzfristig steuern. Wenn Sie hier Kredite streichen, heisst das nur, dass der Bund seinen Verpflichtungen gegenüber den Kantonen nicht

nachkommen kann, dass der Zahlungsüberhang grosser wird, was sicher nicht sehr sinnvoll wäre. Bei den Bahnhofparkanlagen stellt sich die Frage, ob überhaupt und wieweit die Kantone tatsächlich solche Anlagen bauen. Das wissen wir nicht, aber man hat hier vorsichtshalber einmal einen gewissen Betrag eingesetzt. Zuerst muss in bezug auf die Bahnhofparkanlagen zuerst einmal die Rechtsgrundlage geschaffen, d. h. das Gesetz verabschiedet werden. Bei den allgemeinen Strassenbeiträgen und dem Finanzausgleich gilt es zu bedenken, dass wir Ende 1984 für den Strassenbereich zweckgebundene Rückstellungen in der Höhe von 1,2 Milliarden haben. Wenn also der neue Treibstoffzollbeschluss in Kraft tritt, sollten wir tatsächlich Rückstände abtragen und den Verpflichtungen gegenüber den Kantonen nachkommen. Deshalb beantrage ich Ihnen, alle diese Anträge abzulehnen. Position 412.01 Abstimmung - Vote. Eventuell - A titre préliminaire Für den Antrag Maeder-Appenzell 37 Stimmen Für den Antrag Herczog 11 Stimmen Definitiv - Définitivement Für den Antrag Maeder-Appenzell

E. 30

Stimmen Dagegen 70 Stimmen Position 412.03 Abstimmung - Vote Für den Antrag Herczog 8 Stimmen Dagegen offensichtliche Mehrheit Position 412.12 Abstimmung - Vote Für den Antrag Maeder-Appenzell/Herczog 26 Stimmen Dagegen 64 Stimmen Präsident: Herr Herczog zieht seinen Antrag zugunsten des Antrages Maeder zurück. Abstimmung - Vote Für den Antrag Maeder-Appenzell 26 Stimmen Dagegen 65 Stimmen Gesamtvoranschlag - Budget général Genehmigt - Approuvé Anhang - Annexe Genehmigt - Approuvé B Bundesbeschluss über den Voranschlag der Schweizerischen Eidgenossenschaft für das Jahr 1985 und die Bewilligung von Verpflichtungskrediten Arrêté fédéral concernant le budget de la Confédération suisse pour l'année 1985 et l'ouverture de crédits d'engagements Eintreten ist obligatorisch L'entrée en matière est acquise de plein droit Titel und Ingress, Art. 1 Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Titre et préambule, art. 1 Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral Präsident: Bei der Behandlung der Artikel und für die GesamtAbstimmung werden wir Ihnen die bereinigten Zahlen aufgrund der Beschlüsse, die Sie in der Detailberatung getroffen haben, vorlegen. Die Beschlussfassung erfolgt also unter dem Vorbehalt dieser bereinigten Zahlen. Angenommen - Adopté Art. 2 Antrag der Kommission Abs. 1 ...und - 19,14 Hilfskräftestellen (für 1984 bewilligter Bestand zuzüglich 87 neue Stellen) nicht übersteigen.

Budget de la Confédération 1985 1574 N 29 novembre 1984 Abs. 2, 3 Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Art. 2 Proposition de la commission Al. 1 ... nouveaux postes) - 1914 postes auxiliaires (effectif autorisé pour 1984, plus 87 nouveaux postes). Al. 2, 3 Adhérer au projet du Conseil fédéral Angenommen - Adopté Art. 3 Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Antrag Herczog Bst. d für Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramme Fr. 32200000 Antrag Carobbio Bst. h (neu) für die Wohnbauförderung (weitere Senkung der Mieten und Massnahmen, die den Zugang zum Wohneigentum erleichtern) Fr. 10000000 Art. 3 Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral Proposition Herczog Lei. d pour les programmes de recherche, de développement et d'essais Fr. 32200000 Proposition Carobbio Let. h (nouveau) pour l'encouragement à la construction de logements (abaissement supplémentaire des loyers et mesures tendant à faciliter l'accès à la propriété d'un logement Fr. 10000000 Bst. a-c, e, f-Let. a-c, e, f Angenommen - Adopté Bst. d - Let. d Herczog: Ich habe zu Buchstabe d einen Antrag und zu Buchstabe e dann noch eine Bemerkung. Ich beantrage Ihnen, hier die

Summe von 92,5 Millionen Franken zu reduzieren, und zwar um 60 Millionen auf 32,2 Millionen Franken. Es handelt sich um die sogenannten KREFEV, Kredite für militärische Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramme. Diese Zahlungen belasten das Budget bei der GRD, also bei der Gruppe für Rüstungsdienste. Nun bin ich allerdings in einer recht schwierigen Situation: Ich habe diese Posten ziemlich genau durchgeschaut. Das ganze Papier ist aber mit «vertraulich» klassiert, wie das mittlerweile im EMD fast für alle Zahlungsgeschäfte gilt. Entsprechend kann ich sie hier nicht darüber informieren, um welche Detailangaben es sich handelt. Ich stehe also vor der grotesken Situation, etwas begründen zu müssen, ohne Sie darüber informieren zu können. Sie hätten aber auch sonst nicht gewusst, worum es bei diesem Posten geht. Ich möchte auch grundsätzlich darauf hinweisen, wie beim EMD budgetiert wird. Sie haben hier über 90 Millionen Franken, also eine grosse Summe. Trotzdem bin ich überzeugt, dass in diesem Saale höchstens zwei oder drei Personen wissen, worum es bei diesen 92 Millionen Franken geht. Leider ist das Papier vertraulich, ich kann Ihnen also keine Details angeben. Ich habe mir aber einige sehr typische, immer wiederkehrende Begründungen notiert, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte:

1. Häufig ist ein Anspruch auf absoluten Perfektionismus festzustellen. Dabei wird eine Weiterentwicklung bestimmter technologischer Systeme in einem Rahmen gefordert, wie es sich kein anderes Departement, vor allem kein ziviles Departement, erlauben würde.
2. Eine andere Art von Begründung besteht in einem kurzen Satz, der auch angewendet wird, wenn es sich um Millionensummen handelt: Die Rahmenbedingungen hätten sich geändert. Stellen sie sich vor, irgendein ziviles Departement, und vor allem das Departement von Herrn Bundesrat Stich, käme mit einer solchen Begründung! Niemand wäre hier zufrieden! Innerhalb des Militärdepartementes hingegen kann unter dem Mantel des «Vertraulichen» sehr nonchalant budgetiert bzw. Weihnachtswunschkatologe können aufgelistet werden. Hier sagt man, ohne mit der Wimper zu zucken und ohne sich genauer zu informieren, einfach ja! Herr Eisenring hat in der Eintretensdebatte den bundesrätlichen oder budgetmässigen Schlendrian erwähnt. Wo dieser Schlendrian zutrifft, das ist in der Budgetierung des EMD. Von Sparen ist überhaupt keine Rede! Wenn Sie Interesse haben an diesen Unterlagen, können Sie sie bei Herrn Bucher, beim Sekretär der Finanzkommission, ebenfalls einsehen. Sie werden merken, dass das mit Ideologie oder Landesverteidigung überhaupt nichts zu tun hat. Deshalb frage ich mich, wie es dazu kommt, dass - das steht im Budget - beinahe die Hälfte dieser Summe als Zusatzkredite unter d figuriert. Einer dieser Posten in der Grössenordnung einer achtstelligen Zahl wurde mit der einfachen Begründung bewilligt, die Rahmenbedingungen hätten sich geändert, deshalb würden diese Zusatzkredite gebraucht. So geht es nicht! Ich bitte Sie also, unserem Kürzungsantrag zuzustimmen. Zumindest fordere ich die Finanzkommission und Herrn Bundesrat Stich auf, bei der Militärkommission jeweils präzis Auskunft darüber zu verlangen, was diese KREFEV-Positionen bedeuten und das, was vertraulich sein soll, genau unter die Lupe zu nehmen. Ich hege nämlich den Verdacht, dass unter dem Prädikat «vertraulich» etwelche Hobbys gepflegt werden, und zwar in einer Grössenordnung von Summen, die bei keinem zivilen Departement durchgehen. Noch kurz eine Bemerkung zu Buchstabe e: Hier handelt es sich um Bürgschaften für Abfallanlagen. Im Budget ist eine allzu kurze Begründung enthalten. Es geht um folgendes: Wir haben im Zusammenhang mit dem Umweltschutzgesetz einen Artikel 52 verabschiedet, nach dem der Bund die Möglichkeit hat, Bürgschaften beim Bau von Abfallverwertungsanlagen zu übernehmen. Zur Begründung für diese 10 Millionen: Es ist unklar, ob diese Bürgschaften in der nächsten Zeit einzulösen sind. Es steht übrigens auch noch nicht fest, für welche Abfallanlagen

diese Bürgschaften zu übernehmen wären. Werden Sondermülldeponien für Dioxinabfälle miterfasst? Kommt man vielleicht sogar auf die Idee, der NAGRA solche Bürgschaften anzubieten? Oder geht es schlicht darum, irgendwelche Gips- oder Pseudodeponien in grossem Ausmass wegzuschaffen? Ich habe hier keinen Streichungsantrag gestellt, erlaube mir aber immerhin folgende Bemerkung: Nachdem wir im Rahmen des Umweltschutzgesetzes das Verursacherprinzip festgelegt haben, ist hier Vorsicht am Platze. Wenn der Bund eine Bürgschaft von 10 Millionen Franken leistet, ist vorgängig abzuklären, wieweit die Privatwirtschaft den Abfall selber verursacht. Zusammenfassend: Ich möchte Sie und vor allem die Finanzkommission bitten, diese militärischen Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramme im Rahmen kommender Budgets von Ihrer Seite her zu kürzen. Diese Kredite sind peinlichst genau zu überprüfen, da dem EMD nicht mehr zu trauen ist.

29. November 1984 N 1575 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1985 Eine abschliessende Frage betreffend Bürgschaften: Wie beurteilt Herr Bundesrat Stich in diesem Zusammenhang die Frage des Verursacherprinzips? Eggenberg-Thun: Ich spreche als Mitglied der Sektion EMD der Finanzkommission und äussere mich im Auftrag der Kommissionssprecher zum Antrag von Herrn Herzog. Im Budget (Seite 55) sind 145 Millionen-20 Millionen mehr als im Vorjahresbudget - vorgesehen. Diese haben Sie schon verabschiedet. Die vorgesehenen Verpflichtungskredite in der Höhe von 92,5 Millionen möchte Herr Herzog auf 32,5 Millionen reduzieren. Ich habe natürlich bei der Bekämpfung seines Antrages die gleiche Problematik wie er. Auch ich kann mich nicht im Detail äussern. Aber ich werde den Verdacht nicht los, dass Sie, Herr Herzog, über das Vehikel dieses Antrages einfach Ihre Kritik anbringen wollen. Wem es um eine generelle Kritik beim Vorgehen geht, können wir sehr wohl darüber diskutieren. Hingegen bin ich der Meinung, dass die Möglichkeiten dieses Rates hoffnungslos überfordert sind, wenn man glaubt, man könne mit einer derartigen Begründung einen ausgewiesenen, aber nur in Stichworten detailliert aufgeführten Kredit von 92,5 Millionen einfach generell um zwei Drittel kürzen. Ich darf darauf hinweisen - ich beziehe mich hier auf die Budgetposition, die Sie selber nachkontrollieren können -: Diese 145 Millionen im Budget, die ja aus den Verpflichtungskrediten - und zwar zum Teil aus den neuen und erweiterten -, ausgelöst sind, unterteilen sich in 11 Materialgruppen und in 53 Untergruppen und setzen sich somit aus einigen hundert Zahlenpositionen zusammen. Ein Herausbrechen einer Position aus dem Gesamtpaket - dessen Grundlage ein klassiertes Papier ist, das wir im Rahmen der Budgetberatung im Plenum nicht verwenden dürfen - scheint mir ausgeschlossen zu sein. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Herzog abzulehnen. Dass sich die Militärkommission bei künftigen Beratungen mit diesen Papieren vertiefter als bisher befassen sollte, ist eine Anregung, die ich sehr gerne unterstütze. Schwarz, Berichterstatter: Wir sprechen zu Artikel 3 auf Seite 4 der Fahne. Dort haben wir eine Liste der Verpflichtungskredite. Herr Herzog möchte unter dem Buchstaben d den Verpflichtungskredit für Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramme im Ausmass von 92,5 Millionen Franken auf 32,2 Millionen Franken reduzieren. Begründungen zu dieser Position finden Sie in der Botschaft, nämlich auf Seite 58*. (Auf Seite 56* haben Sie eine Zusammenstellung dieser Positionen.) Auf Seite 58* heisst es: «Für das militärische Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramm (FEVP) wird ein Verpflichtungskredit von insgesamt knapp 93 Millionen beantragt. Davon entfallen 40 Millionen auf die Fortführung laufender und 52 Millionen auf neue Vorhaben. Die Programmschwerpunkte liegen in folgenden Bereichen: Flugmaterial (38 Millionen), Material für Führung, Übermittlung und elektronische

Kriegfüh- rung (9 Millionen) sowie Unterrichtsmaterial (31 Millionen). Die Zahlungen belasten die Rubrik 541.557.01 im Voran- schlag der Gruppe für Rüstungsdienste.» Ich bin Herrn Eggenberg-Thun sehr dankbar, dass er als Zuständiger für die Kontrollen auf diesem Sektor hier seine Ausführungen gemacht hat. Ich kann Ihnen versichern, dass sowohl die Finanzkommission als auch die Finanzsektion, aber auch die Finanzdelegation sich mit diesen Dingen im Detail befassen. Natürlich sind hier runde Zahlen aufgeführt, aber die sind im Detail ausserordentlich verzweigt und set- zen sich aus unzähligen Positionen zusammen. Herr Eggen- berg-Thun hat darauf hingewiesen. Es ist immer ein Problem, wenn man etwas als vertraulich behandeln muss. An sich haben wir kein Interesse daran, unseren potentiellen Feinden Details zu verraten; anderer- seits kann man dann natürlich sagen: Unter dieser Position «vertraulich» verbergen sich soundso viele Dinge, die nicht in Ordnung sind. Insofern besteht ein echtes Problem. Ich kann Ihnen hier als Präsident der zuständigen Finanzkom- mission nur sagen, dass wir diese Dinge prüfen und kontrol- lieren und der Meinung sind, sie seien in Ordnung, ange- messen und entsprächen dem Willen unseres Volkes, die Landesverteidigung auf echte Art zu betreiben. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen, den Antrag Herzog abzulehnen. M. Bonnard, rapporteur: A l'article 3, lettre d, M. Herzog souhaite ramener le crédit d'engagement de 92,5 millions à 32,2 millions. Vous avez entendu les arguments de M. Eggenberger qui, dans la section 3 «Département militaire», de la Commission des finances, est spécialement chargé de l'examen de cette rubrique. Je n'ai rien à corriger à ce qu'il vient de dire; j'ajouterais simplement que, depuis que je suis membre de la Commission des finances, soit depuis six ans, cette rubrique a été chaque année l'objet d'un examen attentif. Elle a aussi été étudiée de façon encore plus précise par la Délégation des finances, où l'on est arrivé à la conclusion que le montant d'ordinaire réservé pour les programmes de recherche correspondait absolument à ce qui se pratique dans l'industrie privée. Par conséquent, je vous invite à rejeter la proposition de M. Herzog. Bundesrat Stich: Ich möchte Ihnen ebenfalls beantragen, den Antrag Herzog abzulehnen. An sich kann ich aus seinen Ausführungen natürlich auch nichts Konkretes entnehmen; aber wenn er mir persönlich sagt, welches seine Kritikpunkte sind, so bin ich gerne bereit, die Sache abzuklären, soweit das dem Finanzdepartement möglich ist. Heute kann ich Ihnen auch nur sagen: es sind 92,5 Millionen Franken verlangt, und mehr, als in der Botschaft steht, weiss ich im Moment auch nicht. Deshalb muss ich beantragen, den Antrag Herzog abzulehnen. Zum zweiten Punkt, in bezug auf das Verursacherprinzip: Ich habe hier als Finanzminister nicht meine Meinung zu vertreten; in der Botschaft selber sind nur Posten enthalten, die auf gesetzlichen Vorschriften beruhen. Es geht also nicht darum, eine Meinung abzugeben, sondern wir haben mit dieser Bürgschaft für Abfallanlagen einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Deshalb lässt sich dort an sich nichts ändern. In diesem Zusammenhang nur noch folgendes: Herr Leuen- berger hat kritisiert, dass Herr Furgler nicht anwesend sei. Der Bundesrat hat eben beschlossen, dass ich den ganzen Voranschlag zu vertreten habe, und das habe ich auch getan. Abstimmung - Vote Für den Antrag Herzog Minderheit Dagegen offensichtliche Mehrheit Bst. h - Let. h M. Carobbio: Avec ma proposition à l'article 3, lettre h (nouveau) de l'arrêté fédéral sur le budget, je suggère d'ou- vrir un crédit d'engagement de 10 millions pour le Conseil fédéral en vue de l'encouragement de la construction de logements et notamment pour l'abaissement supplémen- taire du prix des loyers, ainsi que pour l'application de mesures tendant à faciliter l'accès à la propriété de loge- ments. Ma proposition .soulève une question déjà longue- ment discutée au sein de ce Parlement, particulièrement dans le cadre de la répartition des tâches entre la Confédé-

ration et les cantons. Dans le message sur la répartition des tâches, le Conseil fédéral avait pratiquement proposé de transférer aux cantons la compétence en matière d'aide aux logements. Notre conseil a toujours refusé une telle pratique et, pour finir, dans ce paquet de la répartition des tâches entre cantons et Confédération, cette proposition a été biffée. Alors, quelle est aujourd'hui la situation en cette matière? Elle n'est pas inconnue, on en a déjà abondamment parlé. Je rappelle le postulat que j'avais présenté, ainsi que la motion de M. Meizoz, qui avaient été tous deux acceptés par le

Budget de la Confédération 1985 1576 N 29 novembre 1984 Conseil fédéral sous forme de postulat. Ils suggéraient au gouvernement de demander de nouveaux crédits cadres pour faire face aux nombreuses requêtes provenant de toute la Suisse dans le cadre de l'aide fédérale pour la construction de logements. Jusque-là le Conseil fédéral avait pratiquement affirmé ne pas vouloir demander d'autres crédits au Parlement avant de connaître la position de ce dernier à propos du transfert aux cantons du problème du logement. Aujourd'hui, la situation est la suivante: les crédits que nous avons accordés au Conseil fédéral sont déjà épuisés. Pour vérifier ce que j'affirme, je vous renvoie à la page 144* du message sur le budget, dans lesquelles est décrite la situation sur l'utilisation des crédits de programme votés. De plus, de nombreuses demandes de la part de citoyens suisses s'accumulent sur les bureaux de l'Office fédéral du logement. Elles ne peuvent pas être satisfaites en raison du manque de crédits. Du reste, à la page 82a du budget, on dit assez clairement que le nombre des ayants droit augmente continuellement. Je vous cite un chiffre que je connais bien. Au Tessin seulement, il y a au moins une centaine de demandes en attente pour cette raison. L'Office fédéral du logement a envoyé une circulaire aux offices cantonaux, afin de les informer que toutes les requêtes parvenant aux offices du logement après le 1^{er} mars 1984 ne pouvaient plus être examinées et devaient rester sans réponse pour le moment. Cette situation est inacceptable, surtout si l'on tient compte des difficultés actuelles sur le plan du logement, notamment à propos des habitations à loyers modérés. Ce sont les raisons pour lesquelles et en application de la loi fédérale sur l'accès à la propriété, notamment des articles 35, 2^e alinéa, et 42, ainsi que des dispositions des ordonnances de 1975 et des années suivantes, je présente la proposition d'ouvrir ce crédit d'engagement pour le Conseil fédéral. J'invite par là ce dernier à donner suite le plus rapidement possible aux requêtes, afin de pouvoir véritablement construire des logements à loyers modérés. A présent, je voudrais examiner l'aspect formel de ma suggestion. Je me suis demandé à quel moment il serait adéquat de la présenter. Dans un premier temps, j'avais pensé faire ma proposition dans le cadre précis du budget, c'est-à-dire sous le chiffre 725 Office fédéral du logement, n° 453.09. Mais, après avoir consulté l'Office fédéral du logement, j'ai constaté qu'il ne servirait à rien d'augmenter ce poste, parce que les 19,7 millions inscrits au budget sont des crédits utilisés pour répondre aux engagements de paiement. Le problème de cet office, qui est submergé de demandes, est justement d'obtenir d'autres crédits afin de donner des garanties aux requérants, qui leur permettraient d'entreprendre la construction d'habitations à loyers modérés. C'est la raison pour laquelle je suggère d'ouvrir un crédit d'engagement qui ne sera pas nécessairement payé en 1985, mais qui donne la possibilité au Conseil fédéral, et en particulier à l'Office fédéral du logement, de répondre favorablement à une partie importante des demandes qui restent sur les bureaux. Je crois avoir respecté la forme car, si j'ai bien lu les pages rosés du message, il est dit clairement que le crédit d'engagement annuel constitue une autorisation donnée au Conseil fédéral, par l'intermédiaire du budget, de manière à lui permettre de prendre des engagements. Il est dit encore plus précisément que les crédits d'engagement sont notamment requis pour l'octroi

de contributions à verser au cours des années ultérieures et l'octroi de cautions ou d'autres garanties. Du point de vue formel, la demande d'inscrire dans l'arrêté fédéral B sur le budget un crédit d'engagement de 10 millions est parfaitement justifiée. Mais, à part cet aspect, la proposition est surtout motivée du point de vue matériel, principalement en tenant compte de la situation véritablement délicate dans laquelle se trouvent beaucoup de personnes cherchant des logements. Je pense essentiellement aux personnes âgées et à celles ayant un revenu moyen qui, par conséquent, ont des difficultés à faire face aux prix très élevés des loyers offerts sur le marché. Pour toutes ces raisons, je vous invite à appuyer ma proposition.

Schwarz, Berichterstatter: Herr Carobbio möchte diese Liste der Verpflichtungskredite ergänzen mit einer Litera h (neu) für die Wohnbauförderung (weitere Senkung der Mieten und Massnahmen, die den Zugang zum Wohnungseigentum erleichtern). Dazu ist zu sagen, dass die Rahmenkredite für die Wohnbauförderung nicht mit dem Budgetbeschluss, sondern aufgrund einer Botschaft mit besonderem Bundesbeschluss bewilligt werden. Wir haben einen ähnlichen Fall kürzlich von der Finanzkommission aus gegenüber dem EMD verfochten; bezüglich der Jeep-Ersatzbeschaffung haben wir auch verlangt, dass dafür eine separate Botschaft gemacht und dies nicht einfach im Budget untergebracht werde. Hier ist die Situation also ähnlich. Vom zuständigen Amt wird weiter ausgeführt: «Der Rahmenkredit vom 9. Juni 1983 für die Jahre 1983 bis 1987 wird infolge der Beschäftigungsmassnahmen 1983 (Vorziehen einer ganzen Jahrestanche) vorzeitig aufgebraucht sein. Trotz erhöhten Zahlungskrediten wurde auf einen Zusatzkredit verzichtet. In der Folge werden 1984/85 weniger Beitragszusicherungen abgegeben werden können als gewünscht. Nachdem nun im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung feststeht, dass die Wohnbauförderung beim Bund verbleibt, wird der Bundesrat die finanzielle Situation in diesem Bereich erneut prüfen. Ein neuer Rahmenkredit könnte frühestens in der Märzsession 1985 dem Parlament vorgelegt werden und würde es ermöglichen, ab 1. Januar 1986 neue Gesuche zu bewilligen. Bis dahin wird der Bund bei der Wohnbauförderung mit den schon bewilligten Mitteln auskommen haben.» Die Finanzkommission hat diesen Verpflichtungskredit nicht vorgesehen. Ich empfehle Ihnen deshalb, den Antrag Carobbio abzulehnen.

M. Bonnard, rapporteur: M. Carobbio souhaite compléter la liste des crédits d'engagement prévus à l'article 3 par une lettre h concernant l'encouragement à la construction de logements. M. Carobbio a eu raison de se poser la question formelle, je me la suis aussi posée et j'arrive à la conclusion suivante, après concertation avec l'Administration fédérale des finances. L'article 3 du budget, qui existe donc dans tous les arrêtés sur le budget, est réservé aux objets qui sont présentés à l'Assemblée fédérale sans message. En revanche, lorsqu'un message est nécessaire, c'est alors un crédit qui ne figure pas dans l'article 3. En ce qui concerne le logement, la législation fédérale applicable prévoit que les moyens financiers nécessaires sont mis à disposition par un arrêté de l'Assemblée fédérale pris sur la base d'un message. Ce n'est donc pas à l'article 3 qu'il faudrait agir, M. Carobbio devrait agir par voie d'une motion demandant au Conseil fédéral de déposer un message complémentaire. Le crédit cadre actuel, qui est celui que nous avons accordé le 9 juin 1983 - c'est là le fond du problème - est valable pour les années 1983 à 1987 et sera épuisé plus rapidement que prévu, parce qu'on y a recouru plus largement que prévu en raison des mesures pour la promotion de l'emploi. On ne pourra donc pas donner, pour la fin de la période, des assurances de subventions aussi importantes que cela serait nécessaire. Dans le cadre de la nouvelle répartition des tâches entre cantons et Confédération, le problème de la promotion du logement, qui avait été inclus dans les tâches qu'il fallait transférer aux

cantons, restera en définitive du ressort de la Confédération. Il sera donc nécessaire que nous examinions et adoptions un nouveau message concernant un nouveau crédit cadre, ce qui ne pourra se faire avant la session de mars 1985, vraisemblablement. De nouvelles demandes pourront par conséquent être présentées à partir du 1^{er} janvier 1986. C'est pour cette raison à la fois formelle et matérielle que nous vous invitons à rejeter la proposition de M. Carobbio. Bundesrat Stich: Auch ich muss Sie bitten, diesen Antrag von Herrn Carobbio abzulehnen. Ich kann im wesentlichen bestätigen, was die beiden Herren Kommissionsreferenten dargelegt haben. Ich möchte beifügen, dass der Rahmenkredit wegen der Beschäftigungsmassnahmen früher aufge-

29. November 1984 N 1577 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1985 braucht worden ist. Hier haben Sie allerdings beschlossen, dass wir diese zusätzlichen Ausgaben zu kompensieren hätten. Deshalb wäre es natürlich wenig sinnvoll, wenn Sie jetzt einfach einen zusätzlichen Verpflichtungskredit genehmigen würden, denn dann wäre die Chance einer Kompensation nicht mehr sehr gross. Zum zweiten kann ich Ihnen versichern, Herr Carobbio, dass der Bundesrat, nachdem nun feststeht, dass die Wohnbauhilfe beim Kanton verbleibt, diese Frage noch in diesem Jahr prüfen und den eidgenössischen Räten entsprechende Anträge unterbreiten wird, so dass spätestens für das Jahr 1986 wieder Kredite zur Verfügung stehen werden. M. Carobbio: Après avoir entendu les arguments des rapporteurs et de M. Stich, conseiller fédéral, et pour des raisons purement formelles, je retire ma proposition. Toutefois, pour moi, le problème de fond subsiste. Je prends donc acte de la déclaration de M. Stich qui nous a dit que nous examinerons un message à ce propos dans le courant de l'année prochaine encore. J'invite le Conseil fédéral à agir rapidement car il y a une multiplication de situations qui sont de plus en plus intenses pour ceux qui demandent une aide de la Confédération en matière de logement. Präsident: Herr Carobbio hat seinen Antrag zurückgezogen. Art. 4 Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral Angenommen - Adopté Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble Für Annahme des Beschlusentwurfes 104 Stimmen Dagegen 1 Stimme Motion I der Kommission des Nationalrates Finanzhaushaltgesetz. Zahlungsrahmen Der Bundesrat wird beauftragt, eine Ergänzung des Bundesgesetzes über den eidgenössischen Finanzhaushalt zu beantragen, welche es den eidgenössischen Räten ermöglicht, die für bestimmte Aufgabenbereiche vorgesehenen finanziellen Mittel über mehrere Jahre verbindlich zu steuern (Zahlungsrahmen). Motion II der Kommission des Nationalrates Ausgabenbeschlüsse. Mitbericht der Finanzkommission Die Büros der Räte werden beauftragt, folgende Anpassung des Geschäftsverkehrsgesetzes bzw. der Ratsreglemente einzuleiten: Geht ein Rat bei Ausgabenbeschlüssen über die Anträge des Bundesrates oder des Erstrates hinaus, hat die vorberatende Kommission vor der Weiterbearbeitung des Geschäftes einen Mitbericht der Finanzkommission über die finanziellen Auswirkungen eines solchen Beschlusses einzuholen. Dabei ist insbesondere die Frage der Kostendeckung der Mehrausgaben zu klären. Motion I de la commission du Conseil national Loi sur les finances de la Confédération. Plafond de dépenses Le Conseil fédéral est invité à proposer une disposition complémentaire à la loi fédérale sur les finances de la Confédération, permettant aux Chambres fédérales de gérer pluriannuellement, de façon contraignante, les moyens financiers prévus pour des secteurs de dépenses déterminés. Motion II de la commission du Conseil national Décisions de dépenses. Co-rapport de la Commission des finances Les Bureaux des conseils sont priés d'adapter comme il suit la loi sur les rapports entre les conseils ou les règlements des conseils: Lorsque l'un des conseils vote une dépense

allant au-delà des propositions du Conseil fédéral ou des décisions du conseil prioritaire, la Commission ad hoc est tenue de , demander à la Commission des finances un co-rapport sur les conséquences financières de la décision du conseil, avant de poursuivre ses délibérations sur l'affaire. Le co-rapport doit plus particulièrement élucider la question de la couverture des dépenses supplémentaires. Schwarz, Berichterstatter: Es wird an meiner Stelle der zuständige Sektionspräsident, Herr Biel, die Anträge der Kommission erläutern. Biel, Berichterstatter: Die Finanzkommissionen beschäftigen sich seit einigen Jahren intensiv mit der Entwicklung des Finanzhaushaltes und unserer Finanzpolitik; sie haben vor allem nach Mitteln und Wegen gesucht, wie die Finanzkommissionen selbst einen Beitrag leisten könnten zur strafferen Haushaltsführung und damit natürlich auch einen Beitrag zur Gesundung des Bundesfinanzhaushaltes. Schon 1982 hat die zuständige Sektion der nationalrätlichen Finanzkommission verschiedene Arbeitssitzungen durchgeführt, wobei jeweils ein Vertreter der ständerätlichen Finanzkommission zur Information teilgenommen hatte. Aufgrund dieser Vorarbeiten hat dann die Finanzkommission des Nationalrates beschlossen, dass wir die Arbeit vertiefen und zuerst der Kommission und gegebenenfalls Ihnen, im Plenum, einen Antrag stellen. Bereits mit dem letztjährigen Voranschlag haben Sie zwei Vorstösse überwiesen, die auch im Ständerat überwiesen worden sind, nämlich eine Ausgabenbremse in dem Sinne, dass eine neue Übergangsbestimmung in die Bundesverfassung kommt, wonach bei bestimmten, die Anträge des Bundesrates überschreitenden oder neuen Ausgaben das absolute Mehr in jedem Rat nötig sein soll und eine Änderung des Finanzhaushaltgesetzes, wonach die alternative Finanzplanung forciert werden soll.- Wir haben dann in einem eingehenden Seminar weitere Vorschläge diskutiert, es waren insgesamt neun. Aus diesen Diskussionen haben wir Ihnen nun zwei Vorschläge gemacht, von denen wir glauben, sie würden uns mithelfen, dieses Problem zu lösen. Die erste Motion richtet sich an den Bundesrat: Änderung des Finanzhaushaltgesetzes. Wir möchten einen Zahlungsrahmen einführen. Was ist dieser Zahlungsrahmen? Unter Zahlungsrahmen versteht man Zahlungskredite für einen bestimmten Aufgabenbereich. Der Zahlungsrahmen wird von der Bundesversammlung beschlossen, gilt aber nicht als Ausgabenbewilligung. An sich ist es nichts Neues, wir kennen verschiedene Bereiche, in denen wir bereits solche Zahlungsrahmen haben, beispielsweise das Forschungsgesetz. Dort besteht ein Höchstbetrag für mehrere Jahre, der verbindlich festgelegt wird. Oder es gibt das Hochschulförderungsgesetz, bei dem sogar Vorgaben für mehrere Jahre - aber nach unten unänderlich - beschlossen worden sind. Es gibt weitere derartige Zahlungsrahmen, beispielsweise für die Bewirtschaftungsbeiträge im Berggebiet usw. Wir glauben nun, dass dieser Zahlungsrahmen mithelfen kann, dass wir bestimmte Aufgabenbereiche entsprechend entwickeln können und dennoch die ganze Entwicklung unter Kontrolle halten. Es hat sich dabei, im Zusammenhang mit der Diskussion dieser Vorstösse, auch die Frage nach der Rechtsgrundlage gestellt. Geht es überhaupt mit solchen Zahlungsrahmen? Höhlen wir damit nicht unser Budgetrecht aus, das ja in der Bundesverfassung festhält, dass wir jährlich den Voranschlag festlegen? Die genauere Rechtsabklärung hat noch einmal ergeben, dass dieser Modus durchaus im Rahmen dieser Verfassungsbestimmung liegt. Es ist nämlich eine

Budget de la Confédération 1985 1578 N 29 novembre 1984 Absichtserklärung der Bundesversammlung über die Ausübung ihrer Budgethoheit in gewissen Bereichen. Es ist in dem Sinne eine Direktive an den Bundesrat und an die Verwaltung, aber keine Selbstbindung des Parlaments. Es ist vielleicht wichtig, dass wir uns das noch einmal vor

Augen halten. Aber wir brauchen eine gesetzliche Grundlage, und die schaffen wir, wenn wir diesen Zahlungsrahmen in das Finanzhaushaltsgesetz aufnehmen. Im Unterschied aber eben beispielsweise zum Hochschulförderungsgesetz ist unsere Absicht durchaus verfassungskonform. Beim Hochschulförderungsgesetz waren die °
Rechtsabklärungsergebnisse sehr problematisch, weil dort auf dem Wege eines Spezialgesetzes doch eigentlich ein Finanzreferendum hineingekommen ist, das unsere Verfassungsordnung ausschliesst. Wenn Sie also der Finanzkommission zustimmen, die mit 19 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung diese Motion gutgeheissen hat, werden diese Probleme noch einmal überprüft. Wir werden dann bei Gelegenheit einen Vorschlag zur Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes erhalten, das ja auch in anderem Zusammenhang - alternativer Finanzplan - geändert werden muss. Das wäre die erste Motion. Die zweite Motion richtet sich ans Büro. Es geht um Verfahrensfragen. Sie erinnern sich: Gelegentlich tritt der Präsident der nationalrätlichen Finanzkommission hier bei Ausgabenbeschlüssen als Einzelmaske auf und versucht, in der Beratung mühsam die Überlegungen der Finanzkommission darzulegen, die doch den gesamten Haushalt betreffen. Wir haben den Eindruck gehabt, es sei vielleicht besser, einen anderen Weg zu gehen. Den haben wir Ihnen nun vorgeschlagen. Das würde also bedeuten: Wenn ein Rat bei Ausgabenbeschlüssen über die Anträge des Bundesrates oder des Erstrates hinausgeht, soll die vorberatende Kommission des Nationalrates über diese Probleme einen Zusatzbericht der Finanzkommission einholen. Warum das? Die Finanzkommission befasst sich natürlich mit dem gesamten Haushalt, und es ist vielleicht gut, wenn bei den Überlegungen einer Spezialkommission, die an einem einzelnen Sachproblem interessiert ist, doch die Ratskollegen, die sich vor allem mit den Finanzen befassen, mit einem Bericht die Auswirkungen aus ihrer Sicht darlegen können. Ich glaube, es dient auch dieser Spezialkommission, wenn sie ihre Überlegungen vertieft, auch aufgrund der finanziellen Folgen. In dem Sinne bitten wir Sie, diese beiden Motionen zu überweisen. M. Bonnard, rapporteur: En 1982, la Commission des finances a chargé sa section 4 élargie d'examiner les voies et moyens de conférer au Parlement une influence accrue sur la politique financière de la Confédération. L'étude entreprise a débouché sur dix propositions concrètes déposées en novembre 1983. Deux d'entre elles ont été adoptées au mois de décembre de l'année dernière, lors de la discussion du budget 1984. Elles ont été transmises au Conseil fédéral sous la forme de motions. L'une a pour objet une procédure de frein aux dépenses, l'autre est un système de planification financière avec alternative. Les propositions restantes ont fait l'objet en 1984 d'un nouvel examen de la part de la Commission des finances. Deux d'entre elles supposent des modifications législatives. La commission en question vous propose aujourd'hui de les transmettre, l'une au gouvernement, l'autre au Bureau sous la forme de motion. La première concerne un système de plafonnement des dépenses. L'idée serait de donner à l'Assemblée fédérale, par une disposition expresse de la loi fédérale sur les finances fédérales, le pouvoir de fixer pour une période de quelques années - par exemple quatre ans - le montant maximal que le gouvernement serait autorisé à dépenser dans un domaine déterminé, comme les moyens informatiques nécessaires à l'administration ou les constructions militaires ou d'autres encore. Se fondant sur cette base légale générale dont l'adoption serait, comme toute loi, sujette à référendum, le Parlement pourrait ensuite, par un arrêté fédéral simple, non sujet au référendum, fixer le montant disponible pour telle ou telle tâche et pour telle ou telle période. L'Assemblée fédérale ne pouvant pas se lier elle-même, cet arrêté fédéral simple exprimerait ses intentions quant à la politique financière à suivre dans le domaine en

cause. Dans le cadre de son pouvoir budgétaire et de la discussion du budget annuel, le Parlement demeurerait libre de s'écarter de ces intentions. L'arrêté fédéral simple aurait, bien sûr, en revanche force obligatoire pour le gouvernement. Actuellement, la loi sur les finances de la Confédération ne prévoit pas cette institution telle que je viens de la décrire. Elle est en revanche prévue dans plusieurs lois spéciales. Je pourrais vous en citer trois mais leur titre est si long que je renonce à le faire. Le système que vous propose la Commission des finances serait exactement celui que vous avez appliqué dans ces diverses lois. La seule différence serait que le système, ancré dans la loi générale sur les finances, serait applicable de façon générale et non pas seulement dans quelques domaines déterminés. Le droit fédéral connaît encore un autre système, celui de la loi du 28 juin 1968 sur l'aide aux universités: le montant disponible et la durée de la période de subventionnement sont fixés par un arrêté fédéral de portée générale, donc susceptible de référendum. La constitutionnalité de ce système qui revient à créer un référendum financier pourrait prêter à discussion. En effet, le référendum financier est à mes yeux une institution si importante que si la constitution elle-même ne le prévoit pas, on ne peut pas admettre son existence dans le droit suisse. Si un tel arrêté de portée générale prévoyait pour plusieurs années les montants disponibles dans un certain secteur, il porterait en outre atteinte au pouvoir budgétaire de l'Assemblée fédérale et au principe du budget annuel. La Commission des finances n'entend cependant pas se prononcer définitivement sur la constitutionnalité de ce système, elle le renvoie aussi à l'examen du Conseil fédéral; ce dernier pourra se déterminer et nous faire connaître son avis définitivement. Cette première motion est adoptée par la commission à l'unanimité moins une abstention. La seconde motion vise le cas où l'un des conseils vote une dépense allant au-delà des propositions du Conseil fédéral ou des décisions du conseil prioritaire. Nous vous proposons que, dans ce cas, la commission ad hoc soit tenue de demander un rapport à la Commission des finances sur les conséquences financières de la décision qu'elle invite le plénum à prendre, en particulier sur la couverture des dépenses supplémentaires. Les compétences de la Commission des finances sont énumérées à l'article 48 de la loi sur les rapports entre les conseils. Je rappelle qu'elles ont pour objet le budget, les crédits supplémentaires, les reports de crédits et les comptes. Dans la pratique, ses pouvoirs se sont étendus en ce sens que la Commission des finances examine aussi le plan financier que le Conseil fédéral présente avec chaque budget; en outre, elle fait connaître également son avis sur le plan financier à la commission ad hoc qui s'occupe du plan financier de législature accompagnant le rapport sur les grandes lignes de la politique gouvernementale. De plus par la Délégation des finances qu'elle désigne en son sein, la Commission des finances examine et contrôle l'ensemble de la gestion financière de l'Etat fédéral. Grâce aux compétences qui sont ainsi les siennes, grâce aussi au rythme de ses séances, aux nombreux travaux de ses sections et de la Délégation des finances, la Commission des finances possède une vue d'ensemble de tous les problèmes financiers de la Confédération. Elle peut ainsi discerner rapidement et avec sûreté les conséquences des décisions parlementaires ayant une portée financière. Ce que nous vous proposons aujourd'hui, c'est de tirer le meilleur parti possible de sa connaissance de la situation. La Commission des finances - je tiens à le souligner - n'a pas à s'immiscer dans les décisions que les commissions ad hoc ont à prendre au sujet des projets dont elles sont chargées. Il

29. November 1984 1579 Motion Reich appartient à celles-ci d'arrêter leurs positions en prenant en considération tous les éléments nécessaires, y compris les éléments financiers. En revanche - je tiens à le préciser aussi - c'est à la Commission des finances qu'il incombe de se prononcer sur la politique financière générale du gouvernement et de présenter au

Parlement les propositions nécessaires. Or, cette politique financière générale est étroitement liée aux décisions financières prises dans chaque cas particulier. Il est dès lors indispensable d'assurer une coordination entre les deux organes qui, chacun à leur place, participent à la formation de la politique financière générale; les commissions ad hoc dans les différentes décisions spéciales qu'elles prennent et la Commission des finances dans les options générales qu'elle propose. On pourrait imaginer différentes solutions pour assurer cette coordination. Il faut cependant en tout cas éviter que la Commission des finances devienne une super-commission et que les commissions ad hoc soient en quelque sorte sous sa tutelle. Il faut donc sauvegarder entièrement le pouvoir de décision de ces dernières. Pour assurer, compte tenu de cette exigence, la coordination, je crois qu'il suffit d'inviter les commissions ad hoc, avant de proposer une dépense plus élevée, à demander un co-rapport à la Commission des finances sur les conséquences financières de la décision qu'elle s'apprête à prendre. La Commission des finances ne vous propose rien de plus. Elle a pris cette décision par 14 voix sans opposition et quelques abstentions. Je vous invite à vous rallier à sa proposition.

Präsident: Werden die beiden Motionen aus der Mitte des Rates bekämpft? Das ist nicht der Fall. Damit sind sie angenommen und gehen an den Ständerat.

Überwiesen - Transmis Bericht des Bundesrates zum Finanzplan für die Jahre 1986/87 und zu den Haushaltsperspektiven 1988 Rapport du Conseil fédéral sur le plan financier pour les années 1986 et 1987 et sur les perspectives financières Siehe Voranschlag, Seite 147* Voir budget, page 147"

Präsident: Der Bundesrat beantragt Ihnen hier Kenntnisnahme. Die Herren Kommissionsreferenten sind in ihren Eintretensreferaten auf diese Berichte eingegangen. Ein anderer Antrag ist nicht gestellt. Es ist so beschlossen.

Abschreibung - Classement Postulat Ad 84.022 Staatsrechnung Zustimmung - Adhésion #ST# 83.479 Motion des Ständerates (Stucki) Bundeshaushalt. Neue Rechnungsmodelle Motion du Conseil des Etats (Stucki) Budget de la Confédération. Nouveau modèle comptable Beschluss des Ständerates vom 5. Oktober 1983 Décision du Conseil des Etats du 5 octobre 1983 Wortlaut der Motion 1977 hat die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren ein neues Rechnungsmodell verabschiedet, das im kommenden Jahr in der Mehrzahl der Kantone eingeführt sein wird. In weiteren Kantonen laufen die Einführungsarbeiten auf kantonaler und kommunaler Stufe. Damit wird, ähnlich wie bei der Steuerharmonisierung, ein Beitrag zur erwünschten Transparenz und Vergleichbarkeit der öffentlichen Haushalte geleistet. Ausserdem verstärkt diese Haushaltreform die Förderung des Kostendenkens und gibt vermehrt Anstösse zu wirtschaftlicherem Handeln der Verwaltungen. Der Bundesrat wird daher eingeladen, auch beim Bund das neue Rechnungsmodell einzuführen.

Texte de la motion En 1977, la Conférence des directeurs cantonaux des finances a approuvé un nouveau modèle de comptes qui sera introduit dans la plupart des cantons l'an prochain. Dans certains cantons, les travaux en vue de l'introduction de ce système sont en cours au niveau cantonal et communal. Cela permettra de donner plus de transparence aux budgets et comptes des pouvoirs publics et d'établir des comparaisons, but que poursuit également l'harmonisation fiscale. En outre cette réforme conférera plus de poids aux efforts entrepris en vue de faire prendre conscience des coûts et incitera les administrations à s'engager davantage dans une politique d'économie. C'est pourquoi le Conseil fédéral est chargé d'introduire également ce nouveau système pour l'établissement des comptes et du budget de la Confédération.

#ST# 83.474 Motion Reich Bundeshaushalt. Neues Rechnungsmodell Budget de la Confédération. Nouveau modèle comptable Wortlaut der Motion vom 20. Juni 1983 Mit Bundesratsbeschluss vom 31. Januar 1983 ist eine Änderung des Rechnungsmodells des Bundeshaushaltes eingeleitet worden, die dem Wunsch nach

Förderung des Kosten- denkens sowie der Verbesserung von Transparenz und Vergleichbarkeit nur unzureichend entgegenkommt. Der Bundesrat wird daher beauftragt, das neue Rechnungs- modell der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren, das im kommenden Jahr bereits in der Mehrheit der Kantone realisiert sein wird, auch beim Bund einzuführen. Texte de la motion du 20 juin 1983 La modification du modèle comptable de la Confédération, ordonnée par l'arrêté du Conseil fédéral du 31 janvier 1983, ne satisfait qu'imparfaitement le besoin d'apprécier les coûts avec exactitude et d'accroître la transparence et les possibilités de comparaison sur le plan budgétaire. Le Conseil fédéral est invité en conséquence à adopter pour la Confédération le nouveau modèle comptable élaboré par la Conférence des directeurs cantonaux des finances, dont la plupart des cantons se serviront l'année prochaine déjà. Herr Schwarz unterbreitet namens der Finanzkommission den folgenden schriftlichen Bericht: Die Finanzkommission des Nationalrates hat an der Tagung vom 879. November 1984 mit 14 zu 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen, dem Rat zu beantragen, die vorerwähnte Motion abzulehnen. Mit dieser und der gleichlautenden Motion von Nationalrat Reich wird verlangt, dass das von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren empfohlene Rechnungsmodell auch beim Bund eingeführt wird. Mit dem Bundesrat, der die Motion des Ständerates ebenfalls ablehnt, ist die Finanzkommission zwar auch der Auffassung, dass das seit 1950 geltende Rechnungsmodell den heutigen Anforderungen nicht mehr vollauf genügt und hinsichtlich Aussagefähigkeit und Vergleichbarkeit verbessert werden muss. Dies kann indessen mit der vom Bundesrat vorgesehenen Modernisierung der Bundesrechnung

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Voranschlag der Eidgenossenschaft 1985 Budget de la Confédération 1985 In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1984 Année Anno Band V Volume Volume Session Wintersession Session Session d'hiver Sessione Sessione invernale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 04 Séance Seduta Geschäftsnummer 84.052 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 29.11.1984 - 08:00 Date Data Seite 1566-1579 Page Pagina Ref. No 20 012 935 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.